HNA, Sa. 31.08.2013

ZUM TAGE

Schwere Hypothek

Olaf Weiss über Kandidat Frank Kampf

Darf jemand, der einen Fehler gemacht hat, weiter an seiner Karriere arbeiten? Ja! Ist es sinnvoll, jemanden zum Bürgermeisterkandidaten zu machen, dessen Autorität innerhalb des Rathauses durch diesen Fehler ebenso getrübt wird wie sein Bild in der Öffentlichkeit? Nein!

Es ist mehr als verwunderlich, dass die Alarmglocken in der Kandidaten-Findungskommission von SPD, Grünen und CDU nicht geschrillt haben, als Bewerber Frank Kampf ihr von seinem Fehltritt erzählt hat. Nach Bürgermeister Harald Kühle, der das Vertrauen des Rates verloren hatte, wollten sie wieder jemand an die Spitze des Rathauses bringen, der durch Integrität besticht.

18 Jahre Bewährungszeit sind lang. Trotzdem bleibt der Abrechnungsfehler eine Hypothek für Kampf – nicht nur im Wahlkampf. Sollte er zum Bürgermeister gewählt werden, steht im Vertrauenssaldo zunächst ein Minus. Ehrliche, erfolgreiche Arbeit könnte das beseitigen. Ob er dazu Gelegenheit bekommt, ist die Entscheidung der Wähler. Damit ist die Bürgermeisterwahl spannend geworden. **ows@hna.de**

Kandidat Kampf kämpft um seinen Ruf

Falsche Abrechnungen - SPD, CDU und Grünen stehen zu ihm

NORTHEIM. Turbulenzen um den Northeimer Bürgermeisterkandidaten von SPD, Grünen und CDU, Frank Kampf. Wie die drei Parteien und der Kandidat am Freitagabend in einer Pressekonferenz bestätigten, hat Kampf 1995 bei seinem damaligen Dienstherrn, der Stadt Gudensberg, falsche Arbeitszeitabrechnungen vorgelegt. Die Parteien sehen deshalb aber keinen Grund, daran zu zweifeln, dass der 53-Jährige der richtige Kandidat für das Bürgermeisteramt in der Kreisstadt ist.

Und darum geht es: Wie Kampf einräumte, habe er wegen Arbeitsüberlastung 1995 über den Zeitraum von etwa fünf Monaten auf seinen Stempelkarten seine Stunden falsch zusammengerechnet. Insgesamt habe er rund 70 Stunden zu viele abgerechnet. Nachdem der Fehler aufgefallen sei, habe er das zuviel erhaltene Geld sofort beglichen.

„Ich habe einen Fehler gemacht und mich entschuldigt", betonte Kampf. „Danach habe ich noch 14 Jahre erfolgreich bei der Stadt Gudensberg gearbeitet." Die gerüchteweise erhobenen Anschuldigungen des Betrugs bezeichnete er als unhaltbar. Ein vorsätzliches Dienstvergehen sei ihm niemals vorgeworfen worden.

Als Beweis für seinen guten Leumund in der Verwaltung der nordhessischen Kleinstadt führt er auch noch an, dass er für die erste Amtszeit als Hautpverwaltungsbeamter im thüringischen Kaltennordheim in Gudensberg freigestellt worden ist und nach Ablauf der Amtsperiode am 1. Juni 2015 ins dortige Rathaus zurückkehren könnte.

„Wir haben kein Argument, von unserer Entscheidung Abstand zu nehmen", sagte Heiner Hegeler (CDU). Simon Hartmann (SPD): „Wir stehen zu dem Kandidaten."

Die drei Parteien wollten den Wahlkampf mit Sachthemen prägen, betonte Karen Pollok. „Wir sind enttäuscht, dass nicht alle das so sehen", sprach sie an, dass gezielt Gerüchte über Kampf in der Stadt gestreut würden. (ows)

ZUM TAGE
SEITE 2

Mehr zum Thema: Bürgermeister-Kandidat Frank Kampf

Parteien vertrauen Kampf

SPD, CDU und Grüne betonen, den Kandidaten genau durchleuchtet zu haben

NORTHEIM. SPD, CDU und Grüne haben Frank Kampf nicht blauäugig als Kandidaten ausgesucht, betonen die Parteienvertreter am Freitagabend. Der 53-Jährige hatte sich bei der gemeinsamen Kandidatenkür der drei Parteien gegen 18 Mitberwerber durchgesetzt.

„Wir haben Herrn Kampf sehr genau unter die Lupe genommen", betonte Heiner Hegeler (CDU). Und: Wenn man gründlich in den jeweiligen Lebensläufen suche, werde man keinen Kandidaten finden, der nicht irgendwo einen Makel habe.

Kampf habe bei seiner Vorstellung von sich aus seinen damaligen Fehler angesprochen. „Nach 18 Jahren ist das nichts, was uns interessieren musste", sagte die CDU-Stadtverbandsvorsitzende Kerstin Lorentsen. Ein anderer Bewerber sei dagegen wegen eines Fehlverhaltens aussortiert worden.

Nachdem man über die jeweiligen Parteischienen in Gudensberg über den 53-Jährigen Erkundigungen eingezogen habe, habe man in ihm den besten Kandidaten gesehen, betonte auch Simon Hartmann (SPD).

„Wenn jemand schlecht ist, war er auch im vergangenen Jahr schlecht und man muss nicht 18 Jahre zurückgehen, um was gegen ihn zu finden", ergänzte Jörg Seraphin (Grüne). Bei der Kandidatenkür sei es allein darum gegangen, mit welchem Bewerber man künftig die Stadt am besten nach vorne bringen könne. Und, darüber waren sich alle Vertreter der drei Parteien einig, anhand seiner Qualifikationen sei Kampf dafür der geeigneteste.



Kandidat von drei Parteien: Frank Kampf. Archivfoto: Gödeke

In den Versammlungen der drei Parteien, in denen über die Unterstützung von Kampf, entschieden wurde, kamen die fehlerhaften Arbeitszeitabrechnungen übrigens nicht zur Sprache. „Das haben wir nicht für nötig gehalten", sagte Lorentsen. (ows)

Immer an Gesetze gehalten?

Irnfried Rabe, früherer Northeimer Bürgermeister und FDP-Fraktionsmitglied im Northeimer Rat, hat am Freitagabend zu den Vorkommnissen Stellung genommen. „Wir wollen nicht den moralischen Zeigefinger zu hoch erheben und mit den jetzt bekannt gewordenen Vorwürfen einseitigen Wahlkampf betreiben. Ich stelle daher Fragen, die der Wähler beantworten muss."

Hier seine Fragen:

- Die Gemeinde ist die unterste Vertretung unseres Staates. Muss man nicht von einem zukünftigen Spitzenbeamten erwarten, dass er sich bereits in seiner bisherigen Berufslaufbahn an die Gesetze gehalten hat?
- Der Bürgermeister ist Disziplinarvorgesetzter von rund 300 Mitarbeitern in Northeim. In dieser Eigenschaft muss er zum Beispiel über Kündigungen und Disziplinarmaßnahmen entscheiden. Kann er aufgrund dieses Vorfalls die anstehenden Entscheidungen in ihrer ganzen Breite überhaupt ermessensfehlerfrei treffen?



Irnfried Rabe

- Aufgrund dieses Vorfalls stellt sich auch die Frage, wie die charakterliche Eignung des Bürgermeisterkandidaten zu beurteilen ist. Dafür ist die Zeit, die seit dem Ereignis in Gudensberg verstrichen ist, ohne Bedeutung.
- War dieser jetzt ans Licht gekommene Vorfall nicht so wichtig, dass er nach der Nominierung des gemeinsamen Kandidaten in den „Wahlkonventen" von CDU, SPD und Grünen nicht hätte zur Sprache kommen müssen? (kat)